



„Wiedervereinigung“* aus
der Sicht eines Betroffenen
des Beitrittsgebietes

Herzlich Willkommen

* Wiedervereinigung → Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD nach Artikel 23

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Gliederung

[Vorstellung Prof. Dr. Horst Heineck](#)

[Buchtipps](#)

[Befreiung und Ausgangslage](#)

[Währungsreform und Hallstein-Doktrin](#)

[Entnazifizierung](#)

[Dunkeldeutschland](#)

[AfD - Führungspersonal](#)

[Gleichberechtigung der Frau - Schwangerschaftsabbruch](#)

[Treuhandanstalt](#)

[Einigungsvertrag](#)

[Fazit](#)

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Vorstellung Prof. Dr. Horst Heineck

- Geboren 1954 in Zella-Mehlis / Thüringen
- 1961 bis 1969 Polytechnische Oberschule - POS „Martin Luther“ Zella-Mehlis
- 1969 bis 1973 Erweiterte Oberschule - EOS „Friedrich Schiller“ Zella-Mehlis
- 1973 Abitur
- 1973 bis 1975 Grundwehrdienst - Strausberg / Brandenburg (18 Monate)
- 1975 bis 1979 Studium an der [Technischen Hochschule Ilmenau](#) / Thüringen
Sektion Technische und Biomedizinisch Kybernetik, Wissenschaftsbereich
Informationsverarbeitung → **gleicher Status wie eine Universität**
- 1979 Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik → Dipl.-Ing.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Vorstellung Prof. Dr. Horst Heineck

- 1979 bis 1983 Wissenschaftlicher Assistent im Wissenschaftsbereich Informationsverarbeitung an der Technischen Hochschule Ilmenau
- 1984 Promotion A - Doktor-Ingenieur → Dr.-Ing.
- 1983 bis 1990 Programmiergruppe des VEB Robotron-Elektronik Zella-Mehlis an der Technischen Hochschule Ilmenau - [PES K1510](#), [SCP K8915](#), [MUTOS8000](#)
- seit 1988 Leiter dieser Programmiergruppe
- **1990 als Beschäftigter von robotron → 3 Monate Kurzarbeit 0**
- 1990 bis 1991 Wissenschaftlicher Assistent im Wissenschaftsbereich Informationsverarbeitung
- 1991 bis 1993 Fachdozent für Betriebssysteme (UNIX/LINUX), Programmiersprachen und Datenbanken in der Firma [Freund+Dirks](#) Weilrod / Hessen
- seit 1991 Fachgruppenleiter für Fachgruppe „Datenbanken“ - spezialisiert auf das rDBMS der Firma [Oracle Corporation](#) → zertifizierter Trainer

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Vorstellung Prof. Dr. Horst Heineck

- 1994 bis 2003 Professor für Informatik an der [Hochschule Harz](#) in Wernigerode / Sachsen-Anhalt
- 1995 bis 1998 Dekan des Fachbereiches Automatisierung und Informatik
- 2003 bis 2020 Professor für Betriebs- und Datenbanksysteme an der [Hochschule Hof](#) in Hof / Bayern
- 2009 bis 2020 Dekan der Fakultät Informatik
- seit 2019 wohnhaft in [Adelsdorf](#) / Bayern
- seit 2020 beratendes Mitglied des Seniorenbeirates Adelsdorf
- seit 2021 verantwortlich für den [IT-Stammtisch](#) in Adelsdorf
- seit 2024 mitverantwortlich für [DigiFIT](#) in Aurachtal

Insgesamt war ich 27 Semester, d.h., 13 ½ Jahre als gewählter Dekan tätig. Damit gehörte ich zu den ca. 1,7 % „Ostdeutschen“ in Leitungsfunktionen → Gesamtdeutschland.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Buchtipp: Was bedeutet es, eine Ost-Identität auferlegt zu bekommen? Eine Identität, die für die wachsende gesellschaftliche Spaltung verantwortlich gemacht wird? Der Attribute wie Populismus, mangelndes Demokratieverständnis, Rassismus, Verschwörungsmythen und Armut zugeschrieben werden? Dirk Oschmann zeigt in seinem augenöffnenden Buch, dass der Westen sich über dreißig Jahre nach dem Mauerfall noch immer als Norm definiert und den Osten als Abweichung.

[Dirk Oschmann](#) - Autor

[Der Osten: eine westdeutsche Erfindung](#)

ISBN 978-3-550-20234-6



Seit 1990 macht der deutsche Osten die Erfahrung, von der Gestaltung unserer Demokratie ausgeschlossen zu sein. Es gibt zwar formale, aber nur wenige reelle Chancen auf Teilhabe, Repräsentativität, Einstieg oder gar Aufstieg in gesellschaftlich relevante Teilsysteme, von Macht, Geld und Einfluss ganz zu schweigen. Der Anteil Ostdeutscher in Spitzenpositionen in Wissenschaft, Verwaltung, Jurisprudenz, Medien und Wirtschaft beläuft sich selbst Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung auf durchschnittlich 1,7 Prozent – ein erschreckender Beleg für die Ungleichheit und systematische Benachteiligung der Ostdeutschen. Noch heute fehlen vielen von ihnen die Netzwerke, der *Stallgeruch*, die Verwandtschaft im Habitus – mit einem Wort: alles, nämlich das kulturelle, symbolische, soziale und ökonomische Kapital. In seinem persönlich geprägten, zornigen Text zeigt der Leipziger Germanist Dirk Oschmann, dass wir dringend etwas an der Konstruktion des Ostens durch den Westen ändern müssen. Nur dann wird es uns gelingen, die Demokratie als politisches System wie auch die Gesellschaft als soziales Gebilde in einer stabilen Balance zu halten.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Buchtipp: Vor dreißig Jahren änderten Friedliche Revolution, Mauerfall und Deutsche Einheit in kürzester Zeit unser Lebensumfeld, wir konnten, wir mussten unser Leben neu gestalten, Herausforderungen annehmen, um in einem »fremden« Land, das nun unseres werden sollte, unseren Platz zu finden. Es ist an der Zeit, die Geschichte und ihre Geschichten zu erzählen. Uta Heyder ist es gelungen, dreißig Männer und Frauen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dazu zu bringen, sehr persönlich zu berichten, wie sie ihre Wende und die drei Jahrzehnte danach erlebten.

[Uta Heyder](#) - Herausgeberin

[Born in the GDR angekommen in Deutschland](#)

ISBN 978-3-942115-50-6



„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Buchtipp: Ein bahnbrechender neuer Blick auf das Leben in der DDR - War die DDR ein graues Land voller hoffnungsloser Existenzen? Die renommierte Historikerin Katja Hoyer zeigt in ihrem überraschenden Buch auf profunde und unterhaltsame Weise, dass **das andere Deutschland mehr war als Mauer und Stasi**. Die Geschichtsschreibung der DDR wird bis heute vom westlichen Blick dominiert. Mit dem Fokus auf die Verfehlungen der Diktatur wird dabei oft übersehen, dass die meisten der 16 Millionen Einwohner der DDR ein relativ friedliches Leben mit alltäglichen Problemen, Freuden und Sorgen führten. Die Mauer schränkte die Freiheit ein, aber andere gesellschaftliche Schranken waren gefallen.

[Katja Hoyer](#)

[Diesseits der Mauer: Eine neue Geschichte der DDR](#)

[1949-1990](#)

ISBN 978-3-455015-68-3

[Kundenrezension](#)



„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Buchtipp: Der 9. November 1989. In Berlin fällt die Mauer. Es ist einer der glücklichsten Momente der deutschen Geschichte. Ines Geipel ist bereits im Sommer in den Westen geflüchtet und erlebt den Zeitriss, die Hoffnungen und Aufbrüche als Studentin in Darmstadt. 35 Jahre danach erinnert sie sich: Wie fühlte er sich an, dieser historische Moment des Glücks? Wie erzählen wir uns Ost und West und die Wiedervereinigung? Woher kommt all der Zorn, woher die Verleugnung, wenn es um den aktuellen Zustand des Landes geht? Mit großer Klarheit und Offenheit geht Ines Geipel in ihrem Buch »Fabelland« noch einmal zurück. Zurück in die politische Umbruchlandschaft nach 1989, in die eigene Familie, zurück in all die verstellten, besetzten Räume der Erinnerung, zurück zu den Verharmlosungen und Legenden, die die Gegenwart so vergiften. Ein fesselndes, nein, ein befreiendes Buch, das auf die Frage zuläuft: Können die Deutschen ihr Glück auch verspielen?

[Ines Geipel](#)

[Fabelland](#)

[Der Osten, der Westen, der Zorn und das Glück](#)

ISBN 978-3-10-397568-0



„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Buchtipp: 1989/90 erlitt Ostdeutschland einen «Freiheitsschock», das ist die Grundthese dieses Buches. Ilko-Sascha Kowalczuk erzählt die Geschichte Ostdeutschlands seit 1990 als Kampf um die Freiheit - ein Kampf, dessen Ausgang richtungsweisend ist für die Zukunft ganz Deutschlands. Er will aufrütteln: zu mehr aktiver Eigenverantwortung, zu einer Abkehr von der eigenen Opferrolle und zu einem Blick auf die Geschichte, bei dem die DDR nicht immer schöner wird, je länger sie her ist. Die Diktatur bleibt in diesem Buch eine Diktatur und die Einheit eine Freiheitserfolgsgeschichte: eine Intervention gegen die antifreiheitlichen Strömungen von einem der profiliertesten ostdeutschen Intellektuellen.

[Ilko-Sascha Kowalczuk](#)

[Freiheitsschock](#)

[Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute](#)

ISBN 978-3-406-82213-1



„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes



„Befreiung“ durch die rote Armee

In der sowjetisch besetzten Zone:

- Plünderungen und Schikane durch die teilweise besoffenen Rotarmisten ➤ *Mein Onkel starb durch Russen*
- Willkürliche Erschießungen und massenhafte Vergewaltigungen, ca. 2 Millionen deutsche Frauen
- Sammelbecken vieler Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten
- Machtanspruch der sogenannten „Ulbricht-Gruppe“
 - Exilkommunisten (Pieck, Ulbricht,...) [NKWD](#)-Befehl 00439 vom 25.07.1937
 - Von ca. 1920 bis 30.04.1945 in Moskau
 - bedingungslos Stalin treu
 - Haben den Krieg und die „Befreiung“ nicht miterlebt.
 - Entfremdung von deutschem Volk
 - Konnten die Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Bevölkerung nicht verstehen.
 - Aufbau einer Verwaltung nach sowjetischen Vorbild

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ausgangslage ...

West-Zonen:

- Von 1948 bis 1952
- 13,12 Milliarden US-Dollar für Westeuropa, heute 133,95 Milliarden US-Dollar
- 1,41 Milliarden US-Dollar für BRD → 5,9 Milliarden DM, heute 14,39 Milliarden US-Dollar → 60,44 Milliarden DM
- Umtauschsatz 1953:
US-Dollar zur DM:
1 \$ = 4,2 DM



... nach 1945

Sowjetische Zone:

- Reparationszahlungen an die Sowjetunion
- durch Sowjetische Besatzungszone und DDR
- ca. 99 Milliarden DM (zu Preisen von 1953)
- Abbau ganzer Industriebetriebe (ca. 3.400) und 11.800 km des Schienennetzes der Deutschen Reichsbahn.
- Bis 1953 büßte die DDR so rund 30 Prozent ihrer industriellen Kapazitäten ein.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ausgangslage nach 1945

Der Bremer Historiker [Arno Peters](#): ZEIT  ONLINE

- 35 Mark (DM), so seine Berechnung, hätte jeder Westdeutsche für die Kriegsschuld der Nazis bezahlt.
- Die Bürger der DDR seien umgerechnet pro Kopf mit 6.712 DM belastet worden.
- Die Ausgleichszahlungen, die der DDR von der Bundesrepublik zustünden, veranschlagte Peters auf 721 Milliarden Mark (DM).
- Der letzte DDR-Regierungschef Hans Modrow traf sich 1990 demonstrativ mit dem Bremer Reparationshistoriker und forderte danach, zumindest 15 Milliarden DM müsse die Bundesrepublik zahlen. Laut einer Umfrage des Hamburger [GEWIS-Instituts](#) teilten 43 Prozent der Westdeutschen diese Ansicht
- **In den Verhandlungen über den Einigungsvertrag spielte das Thema dann aber keine Rolle mehr → 0 DM.**



„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Währungsreform 1948

Die Währungsreform von 1948 trat am 20. Juni 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands, in Kraft. Ab dem 21. Juni 1948 war dort die Deutsche Mark („DM“, auch „D-Mark“) alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel. Die beiden bisher gültigen Zahlungsmittel Reichsmark und die (zu ihr fest im Verhältnis 1:1 notierende) Rentenmark (beide abgekürzt als „RM“) wurden zwangsumgetauscht. Zunächst bekam jeder (westdeutsche) Bürger 40 DM für 40 RM. Die Währungsreform von 1948 gehört zu den bedeutendsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der (west-) deutschen Nachkriegsgeschichte.

- *Mein Vater, geboren 1918 war bis 1948 in französischer Kriegsgefangenschaft.*
- *Nach der Entlassung auf dem Weg nach Thüringen hat er seine RM auf Anraten, weil angeblich nicht mehr gültig, weggeschmissen. In Thüringen war sie aber noch gültig.*

Hallstein-Doktrin

Die Hallstein-Doktrin war eine außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1969. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik durch Drittstaaten wurde als „unfreundlicher Akt“ gegenüber der Bundesrepublik betrachtet. Es war eine weite Skala von wirtschaftlichen Sanktionen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem betreffenden Staat möglich. **Ziel war es, die DDR außenpolitisch zu isolieren.**

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Entnazifizierung in BRD und DDR

Die Entnazifizierung gehörte zu den sogenannten 5 Ziele der Alliierten auf der Potsdamer Konferenz → **Demilitarisierung, Dezentralisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung**. In allen vier Besatzungszonen sollten die NS-Kriegsverbrecher strafrechtlich belangt und aus Schlüsselpositionen entfernt werden. In den Nürnberger Prozessen wurden die Hauptkriegsverbrecher vor einen internationalen Militärgerichtshof gestellt und verurteilt.

Die Amerikaner entnazifizieren in ihrer Zone sehr streng: Die Betroffenen werden in fünf Kategorien eingestuft und verurteilt → **Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete**. Als die USA die Entnazifizierung zum **31. März 1948** einstellen, sind häufig Verfahren gegen schwerer Belastete noch nicht abgeschlossen. Viele Schuldige entgehen so einer Bestrafung. Engländer und Franzosen nehmen die Entnazifizierung vor allem nach pragmatischen Gesichtspunkten vor: Der **Wiederaufbau** von Verwaltung und Wirtschaft hat **Vorrang vor der politischen Überprüfung**.

In der Sowjetischen Besatzungszone sind sie mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau im sozialistischen Sinne verbunden. Bis 1949 entfernen die Sowjets rund **520.000** Personen aus ihren Stellungen und ersetzen sie durch Kommunisten. In Speziallagern inhaftiert die sowjetische Geheimpolizei in großer Zahl außer NS-Verbrechern auch Denunzierte und politische Gegner.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Dunkeldeutschland

- Geht es nach dem ehemaligen Bundespräsident Joachim Gauck, hat Deutschland eine helle und eine dunkle Seite: das Engagement für Flüchtlinge auf der einen, rechtsextreme Anschläge, Gewalt und Hetze auf der anderen. „Es gibt ein helles Deutschland, das sich leuchtend darstellt gegenüber dem Dunkeldeutschland“, sagte Gauck bei seinem Besuch einer Flüchtlingsunterkunft in Berlin und warnte vor Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.
- „Dunkeldeutschland“, ein Wort, das er sich nicht ausgedacht hat. Vor allem Bürger der Bundesrepublik gebrauchten den Begriff in der Wendezeit abwertend für die neuen Bundesländer. Er wurde von Kritikern immer dann benutzt, wenn Worte wie „Zone“ oder „drüben“ als Beschreibungen für das Erbe sozialistischer Tristesse nicht mehr ausreichten. Dunkeldeutschland sagte der „Wessi“ zum Beispiel, wenn er sich über die spärliche Straßenbeleuchtung in der ehemaligen DDR lustig machen wollte.
- Warum Gauck diesen Ressentiment behafteten Begriff benutzt, ist unklar.
- Zu diesem Zeitpunkt stand Deutschland unter dem Eindruck wöchentlicher Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ - Pegida

Abgeleitete Schlussfolgerung: die ehemalige BRD ist das „helle Deutschland“ → eine Demokratie
die ehemalige DDR ist das „dunkle Deutschland“ → Rechtsextremismus

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ursache und Wirkung - persönlich Feststellung

- Die Entnazifizierung wurde in den westlichen und der Ostzone, bzw. der BRD und der DDR sehr unterschiedlich gehandhabt.
- Wie dargestellt, waren in der alten BRD viele der [Nationalsozialisten auch weiterhin an den Schaltstellen des Staates und der Gesellschaft tätig](#). ← *Listen für BRD und DDR*
- Die nationalsozialistische Idee war in der Gesellschaft noch vorhanden und wurde häufig geduldet bzw. verdrängt.
- Wegen der Angst vor Sozialismus und Kommunismus wurde mehr die linke Szene beachtet, ([Radikalenerlass](#) - 1972) auf dem rechten Auge war man häufig blind. Da auch die entsprechenden Organen, wie Polizei, Staatsanwaltschaften, Geheimdienste usw. noch von der alten Ideologie geprägt waren - auch heute gibt es noch diese in den Sicherheitsbehörden.
- 2024 liefen nach Pressemitteilungen gegen ca. 400 Beamten in der Polizei Verfahren wegen rechtsgerichteter Ideologie.
- Nach 1990 wurde dieses faschistische Gedankengut von der alten BRD in das Beitrittsgebiet getragen, wo es auf fruchtbaren Boden gefallen ist.
- Der Frust auf „die da oben“ wurde bewusst verbreitet und geschürt.
- **Das dunkle Deutschland ist aus meiner Sicht ein Export aus der alten BRD in das Beitrittsgebiet.**

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

AfD - Führungspersonal

Alexander Gauland

- Alexander Gauland wurde 1941 im sächsischen Chemnitz geboren. Nach dem Abitur 1959 an der Friedrich-Engels-Oberschule in Karl-Marx-Stadt flüchtete er aus der DDR in die Bundesrepublik.
- Er absolvierte 1960 die westdeutsche Ergänzungsprüfung zum DDR-Abitur und studierte ab 1960 Geschichte und Politikwissenschaft sowie Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Alice Weidel

- Alice Weidel wurde 1979 in Gütersloh in Ostwestfalen geboren. Im Jahre 1998 legte Weidel am Jugenddorf-Christophorus-Gymnasium in Versmold ihr Abitur ab.
- Sie studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und schloss ihr Studium 2004 ab. Von Juli 2005 bis Juni 2006 arbeitete sie als Analystin im Bereich Vermögensverwaltung bei Goldman Sachs. Anschließend schrieb Weidel eine Doktorarbeit an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Bayreuth;

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

AfD - Führungspersonal

Bernd Lucke

- Lucke wurde 1962 in West-Berlin geboren. 1969 zog die Familie nach Haan in Nordrhein-Westfalen. Nach dem Abitur 1981 am Städtischen Gymnasium Haan leistete er als Querflötist seinen Wehrdienst beim Stabsmusikkorps der Bundeswehr in Siegburg ab.
- Im Anschluss studierte Lucke 1982 bis 1984 Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Björn Höcke - darf als Faschist bezeichnet werden

- Geboren 1972 in Lünen. Er wuchs in Anhausen auf, wo er die Braunschweig-Grundschule besuchte. Sein Abitur legte er 1991 am Rhein-Wied-Gymnasium Neuwied ab.
- Nach dem Grundwehrdienst studierte er ab 1992 zwei Semester Jura in Bonn und von 1993 bis 1998 an der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Philipps-Universität Marburg Sportwissenschaften und **Geschichtswissenschaft für das Lehramt an Gymnasien**.
- Seit 2014 ist er Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. Im März 2015 war er Mitbegründer der rechtsextremen parteiinternen Gruppe Der Flügel.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

AfD - Führungspersonal

[Frauke Petry](#)

- Petry wurde 1975 in Dresden geboren und wuchs bis 1989 in Schwarzheide auf. Ihr Vater blieb Anfang 1989 anlässlich eines Besuchs in der Bundesrepublik; ihre Mutter und sie zogen noch vor dem Fall der Mauer 1989 nach Bergkamen nach.
- Petry legte 1995 das Abitur am Städtischen Gymnasium von Bergkamen ab. Danach studierte sie Chemie an der englischen University of Reading und anschließend an der Georg-August-Universität Göttingen.

[Jörg Meuthen](#)

- Jörg Meuthen geboren 1961 in Essen.
- Er machte Abitur am Goethe-Gymnasium in Bad Ems. Von 1981 bis 1982 leistete er Zivildienst. Ab 1983 studierte er an der Universität Münster und an die Universität Mainz und erwarb dort 1989 den Abschluss Diplom-Volkswirt.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

AfD - Führungspersonal

[Tino Chrupalla](#)

- Tino Chrupalla, geboren 1975 in Weißwasser. Nach der Mittleren Reife 1991 absolvierte Chrupalla bis 1994 eine Berufsausbildung zum Maler und Lackierer. Danach leistete er seinen Zivildienst in Weißwasser ab. Von 2000 bis 2003 besuchte er die Meisterschule in Görlitz und Dresden. 2003 legte er dort vor der Handwerkskammer die Meisterprüfung ab und gründete ein eigenes Unternehmen im Maler- und Lackiererhandwerk.
- Er wurde 2017 als Direktkandidat des Wahlkreises Görlitz in den Deutschen Bundestag und am 30. November 2019 zu einem der beiden AfD-Bundessprecher (Parteivorsitzenden) gewählt. Gemeinsam mit Alice Weidel ist Chrupalla seit September 2021 Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion und seit Juni 2022 Bundessprecher.
- *In der Bundestagswahl am 23.02.2025 sind die alten Bundesländer überwiegend schwarz → CDU, in den neuen Bundesländern überwiegend blau → AfD.*

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Gleichberechtigung der Frau in der DDR und der BRD

- "Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben", so steht es in Artikel 7 der [DDR-Verfassung vom Oktober 1949](#) geschrieben.
- Gleichberechtigung heißt für die SED: die volle Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Auf dieses Ziel ist in der DDR alles ausgerichtet. Und Ende der 80er-Jahre ist dieses Soll sogar tatsächlich erreicht: Die Erwerbsquote von Frauen liegt bei **91,2%**. Weltweit einzigartig. In der BRD **50,2%**.
- In der Bundesrepublik hingegen geht es da noch ganz anders zu. So gibt es bis 1957 den [Gehorsamsparagraphen](#) im Bürgerlichen Gesetzbuch. Dieser stammt von 1900 und lautet: *"Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu."* Eine Frau, die erwerbstätig sein möchte, benötigt bis Ende der 50er-Jahre also das Einverständnis ihres Gatten. Es ist dem Ehemann sogar gestattet, das Arbeitsverhältnis der Frau fristlos zu kündigen.
- In der Bundesrepublik tritt die Gleichberechtigung der Frau erst am 25. Juni 1980 in Kraft.

Schwangerschaftsabbruch in der DDR und der BRD

1990 traf eine staatlich durchgesetzte, kaum diskutierte Fristenregelung der DDR auf eine hoch umstrittene und zunehmend staatlich beschränkte Indikationenregelung der BRD - [§218 StGB](#).

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Treuhandanstalt

- Im Rahmen der Wende und friedlichen Revolution in der DDR stellte sich für die neuen Verantwortlichen die Frage, wie mit den Volkseigenen Betrieben (VEB) verfahren werden sollte. Neben der Möglichkeit, sie in eine im Westen übliche Unternehmens-Rechtsform zu überführen, wurde auch die Gründung einer Dachgesellschaft - gleichsam einer „Staats-Holding“ - für das gesamte volkseigene Vermögen der DDR diskutiert.
- Am 1. März 1990 beschloss der Ministerrat der DDR (Modrow-Regierung) die Gründung der „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“. Sie sollte das Volkseigentum wahren und im Interesse der Allgemeinheit verwalten. Die Haupttätigkeit dieser ersten „Treuhand“ bestand in der Entflechtung von Kombinat und der Umwandlung der Nachfolgeunternehmen in Kapitalgesellschaften. Ihr erster Präsident war kurzzeitig der frühere stellvertretende Ministerpräsident in der Modrow-Regierung Peter Moreth (LDPD)
- Die Arbeit der Treuhandanstalt über die Wiedervereinigung hinaus basierte auf dem noch von der Volkskammer der DDR am 17. Juni 1990 beschlossenen Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) in Verbindung mit dem Einigungsvertrag und dem Staatsvertrag vom 18. Mai 1990. Mit der Wiedervereinigung wurde sie eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts unter der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Treuhandanstalt

- Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 war die Personal- und Sachmittelausstattung der THA so unzureichend, dass die Behörde nur eingeschränkt arbeitsfähig war. Die Bundesregierung entschied, dass die Führungsspitze im Juli 1990 mit marktwirtschaftlich erfahrenen (*westdeutschen*) Persönlichkeiten besetzt wurde. [Detlev Karsten Rohwedder](#), bis dahin Vorstandsvorsitzender der [Hoesch AG](#), wurde Vorsitzender des Verwaltungsrates. Präsident wurde [Reiner Maria Gohlke](#), vorher Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn. Gohlke trat aber nach wenigen Monaten zurück, so dass Rohwedder das Amt des Präsidenten der THA übernahm. Verwaltungsratsvorsitzender wurde darauf der bisherige Vorstandsvorsitzende der [Kaufhof AG](#), [Jens Odewald](#).
- Nachdem der Treuhandchef Rohwedder am 1. April 1991 mutmaßlich von [RAF](#)-Terroristen ermordet worden war, wurde die CDU-Politikerin [Birgit Breuel](#) am 13. April 1991 vom Verwaltungsrat zur neuen Präsidentin der Treuhandanstalt gewählt. Nach dem Mord war es schwer, einen geeigneten Nachfolger zu finden. Viele Kandidaten lehnten wegen der Gefährdung ab. Für die Treuhandanstalt waren diverse Manager und Politiker als Berater tätig, unter anderem [Klaus von Dohnanyi](#) und [Klaus Schucht](#).
- *Dem Wirken von Detlev Karsten Rohwedder ist es zu verdanken, dass [Carl-Zeiss-Jena](#) als einziger ostdeutscher Konzern mit globaler Bedeutung erhalten wurde.*

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Treuhandanstalt

Ihrem Auftrag aus dem Treuhandgesetz entsprechend, handelte die Treuhand dabei nach den Grundsätzen:

1. Schnell privatisieren, weil wir der Auffassung sind, dass Privatisieren die beste Form der Sanierung ist.
2. Das zweite Motto heißt: Entschlossen sanieren. Da, wo Zukunft möglich ist, soll Sanierung durchgeführt werden, um auch hier den Menschen mehr Mut und Hoffnung zu machen.
z.B., die Fluggesellschaft [Interflug](#) hätte nach Meinung von Experten gerettet werden können, war aber nicht gewollt und wurde von der THA abgelehnt.
3. Und das dritte Motto heißt: Behutsam stilllegen.

Birgit Breuel

Ein Beispiel - Kombinat Kali / Thüringen

Das Kombinat Kali wurde von [Wintershall](#) übernommen, in die [Mitteldeutsche Kali AG](#) umgewandelt und anschließend durch die Treuhandanstalt mit der [K+S AG](#) fusioniert. Dazu wurde der [Kalivertrag](#) abgeschlossen.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Kalivertrag vom 13. Mai 1993

(4) Gemeinsame Prüfungen der Vertragspartei haben ergeben, daß eine möglichst nachhaltige Sicherung des gesamtdeutschen Kali- und Salzabbaus, insbesondere auch der davon betroffenen Arbeitsplätze, einen Zusammenschluß der Kali- und Steinsalzaktivitäten der K+S und der MdK in einem gemeinsamen Unternehmen erfordert, an dem die K+S mit 51 % und die Treuhandanstalt mit 49 % beteiligt sind. Der Zusammenschluß erfolgt in der MdK als aufnehmender Gesellschaft (nachfolgend auch „Gemeinschaftsunternehmen“).

10.3 Freistellung

Die Treuhandanstalt stellt das Gemeinschaftsunternehmen von allen Kosten aus Löhnen und Gehältern für Mitarbeiter des Betriebes Bischofferode frei, die dem Gemeinschaftsunternehmen nach dem 01.01.1994 entstehen mit der Maßgabe, daß sich das Gemeinschaftsunternehmen nach besten Kräften bemühen wird, diese Kosten zu begrenzen.

(7) Die Parteien haben weiterhin vereinbart, daß die unternehmerische Führung des Gemeinschaftsunternehmens bei K+S liegen wird.

Bei jeder Überschreitung der kumulativen negativen Abweichungen ... vom Geschäftsplan ...

(c) In diesem Fall haben sowohl die Treuhandanstalt als auch K+S das Recht, innerhalb weiterer sechs Monate die Auflösung des Gemeinschaftsunternehmens unter Beachtung der gegebenen Möglichkeiten zu einer Minimierung weiterer Verluste sowie die Mitwirkung des jeweils anderen Gesellschafters an den im Rahmen der Auflösung erforderlichen Gesellschafterbeschlüssen zu verlangen. Der nicht die Auflösung des Gemeinschaftsunternehmens verlangende Gesellschafter hat das Recht, die Übertragung der Anteile der anderen Partei am Gemeinschaftsunternehmen zum Preis von DM 1,- zu verlangen.

Der Verkauf des Kali-Werkes im thüringischen Bischofferode durch die Treuhandanstalt an die westdeutsche „Kali und Salz AG“, heute „K+S“. Wenige Monate nach dem Verkauf durch die Treuhand wurde das Werk abgewickelt, 700 Bergleute verloren ihre Arbeitsplätze.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Treuhandanstalt

- Alle zum Stichtag 1. Juli 1990 im Register der volkseigenen Wirtschaft (HRC) eingetragenen volkseigenen Betriebe und deren selbständigen Betriebsteile wurden auf der Grundlage des Treuhandgesetzes in Kapitalgesellschaften (AG oder GmbH i. A. - im Aufbau) der Treuhandanstalt umgewandelt und als solche im Handelsregister eingetragen - insgesamt **8500 Gesellschaften** mit **etwa vier Millionen Beschäftigten** in rund **45.000 Betriebsstätten**. Das Gesamtportfolio belief sich später auf **14.600 Gesellschaften**. Deren Gesamtwert hatte Detlev Rohwedder im Februar 1990 auf etwa **600 Mrd. DM** geschätzt.
- Die Treuhandanstalt übernahm rund 2,4 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen, das Vermögen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, wesentliche Teile der Liegenschaften der ehemaligen Nationalen Volksarmee, umfangreichen Wohnungsbesitz sowie das Vermögen der staatlichen Apotheken.
- Mit dem 3. Oktober 1990 ging weiterhin die treuhänderische Verwaltung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen auf die Treuhandanstalt über, die sie im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR auszuüben hatte.
- Die Milliardenjagd - Dokumentation des mdr



„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Einigungsvertrag

Art 3 Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den **Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** sowie in dem **Teil des Landes Berlin**, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Anlage I Kap XIX Anlage I Kapitel XIX

Recht der im öffentlichen Dienst stehenden Personen einschließlich des Rechts der Soldaten

Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1987 (BGBl. I S. 570, 1339), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juni 1990 (BGBl. I S. 1221),

Nach § 107 wird folgender § 107a eingefügt:

„§ 107a ...Für die Beamtenversorgung Übergangsregelungen zu bestimmen, die den besonderen Verhältnissen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet Rechnung tragen. Diese Verordnungsermächtigung erstreckt sich insbesondere auf **Berechnungsgrundlagen, Höhe von Versorgungsleistungen und Ruhensregelungen abweichend von diesem Gesetz.**“

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Bayerisches Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG)

Art. 21 Zeiten in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet

(1) ¹Wehrdienstzeiten und vergleichbare Zeiten nach den Art. 16 und 17, Beschäftigungszeiten nach Art. 18 und sonstige Zeiten nach den Art. 19 und 22, die der Beamte oder die Beamtin vor dem 3. Oktober 1990 in dem in Art. 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet zurückgelegt hat, werden **nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeit** berücksichtigt, sofern die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist und diese Zeiten als rentenrechtliche Zeiten berücksichtigungsfähig sind.

²Ausbildungszeiten im Sinn des Art. 20 sind **nicht ruhegehaltfähig**, soweit die allgemeine Wartezeit für die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt ist. ³Rentenrechtliche Zeiten sind auch solche im Sinn des Art. 2 des Renten-Überleitungsgesetzes.

Damit werden Beamte mit DDR-Geschichte bei der Versorgung im Ruhestand weiter benachteiligt. Bei mir sind es ca. 19% des Bruttogehaltes, die durch die anteilige Rente jedoch nicht kompensiert werden.

In die staatliche Rentenversicherung der DDR (Beitrittsgebiet) habe ich von 09/1973, nach dem Abitur bis 02/1991 eingezahlt. Entspricht **174 Monate (Ost)**.

Ab dem Arbeitsbeginn bei Freund+Dirks, 02/1991 bis zu meiner Verbeamtung 04/1995 wurden Beiträge an die Deutschen Rentenversicherung abgeführt. Entspricht **34 Monate**.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ursache und Wirkung - persönlich Feststellung

- Die Bürger der alten DDR sind nach der friedlichen Revolution 1989 wieder enttäuscht worden.
- Anstelle der „[blühenden Landschaften](#)“, wie Kohl versprochen, warteten größtenteils:
- [Arbeitslosigkeit](#),
liegt im Jahr 2024 in Westdeutschland bei 5,7%
und in Ostdeutschland bei 7,5%.
- **Verlust der eigenen Identität**,
Sprache, die nicht anerkannt, sondern vermieden wird.
- **Keine Wertschätzung der Lebensleistung der Bürger im Beitrittsgebiet.**
- Und das gilt bis heute.
- Die „Entwicklungshelfer“ aus der alten BRD haben nicht zum Vertrauen in die, für uns „neue“ Gesellschaft beigetragen, z.B. Versicherungsvertreter, Autoverkäufer u.v.m.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ursache und Wirkung - persönlich Feststellung

- Die Geschichte der DDR wird fast immer durch die westdeutsche Brille betrachtet und als Weisheit dem „Osten“ dargestellt, vor allen von Personen, die keinen Bezug zur ehemaligen DDR hatten.
- Publizist [Arnulf Baring](#) - 1991:
„Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwert, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt. Jeder sollte nur noch ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar. [...] viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in die freie Markgesellschaft einbringen können.“
[Baring: Deutschland, was nun?](#), Seite 59ff
- 1998 Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
- 2002 Europäischer Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft
- 2004 Europäischen Kulturpreis für Politik
- 2011 Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ursache und Wirkung - persönlich Feststellung

➤ [Springer-Chef Mathias Döpfner](#) - 2023:

Vor allem seine Haltung zu Ostdeutschland ist laut der „Zeit“ extrem brisant. *„Die Osis sind entweder Kommunisten oder Faschisten“*, soll der Springer-Chef geäußert haben. Und weiter: *„Meine Mutter hat mich immer vor den Osis gewarnt. Die Osis werden nie Demokraten. Vielleicht sollte man aus der ehemaligen DDR eine Agrar- und Produktionszone mit Einheitslohn machen.“*

➤ Armin Laschet, ehemaliger Vorsitzender der CDU, noch 2016 in der ARD-Sendung „Hart aber Fair“: *die DDR habe „die Köpfe der Menschen zerstört. ... Ganze Landstriche haben nicht gelernt, Respekt vor anderen Menschen zu haben.“*

➤ Dabei begreift sich der „Westen“ stets als Norm und sieht den „Osten“ nur als Abweichung, als Abnormalität. Der „Osten“ erscheint als Geschwür am Körper des „Westen“, das ihm dauerhaft Schmerzen bereitet und das er nicht mehr los wird.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Ursache und Wirkung - persönlich Feststellung

- Bereiche der DDR-Kultur (Bücher, Gemälde u.v.m.) wurden verdrängt oder verleugnet, soweit sie nicht der westdeutschen Vorstellung entsprachen.
- Werden in Fernsehdokumentationen Menschen aus der DDR interviewt, handelt es sich häufig um Personen, die in der DDR mit dem Staat ihre Probleme auf verschiedensten Gebieten hatten. Aus meiner Sicht handelt es sich um eine Minderheit, die gezielt ausgewählt wird.
- Die Bevölkerung im Beitrittsgebiet fühlt sich auf Grund der dargestellten Geschichte immer noch als Menschen zweiter Klasse, weil auf **allen Gebieten** benachteiligt.
- Das Vertrauen in den Staat und die „angebliche“ Demokratie ist mehrheitlich verloren gegangen.
- „Wir“ sind **die Verlierer der Geschichte** und das lässt man uns bis heute spüren.
- Aktuelle Differenz der Durchschnitts-Brutto-Gehälter: 824 € zugunsten des Westens
- Erst in der jüngsten Geschichte ist ein zarter Versuch der Aufarbeitung zu erkennen. Z.B., werden Bücher von „Ost“-Autoren (siehe Buchtipps) wieder verlegt und belegen Spitzenplätze in den Bestsellerlisten.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Fazit - persönlich:

- Mein Leben in der DDR war erfolgreich und ohne jegliche Belastung.
- Meine Familie hatte keine „West-“ Verwandtschaft.
- Zu keiner Zeit hatte ich Kontakt zur oder Probleme mit der Staatssicherheit der DDR, mit der Ausnahme, dass ich als Soldat im Grundwehrdienst vor dem Privathaus von Erich Milke in Strausberg Wache gestanden habe und einmal unbewusst in einem Werbegespräch der Stasi war.
- Im Jahr 1989 hatte ich mehr private Probleme, als mich mit Demonstrationen o.ä. zu befassen.
- Für mich gab es niemals Gedanken, die DDR zu verlassen und in die BRD zu wechseln.
- Der 03. Oktober 1990 war für mich kein Freudentag und ich war eher traurig, ich persönlich wollte die „Wiedervereinigung“ nicht!
- Allerdings habe ich nach diesem Zeitpunkt die neuen Möglichkeiten - Professur an einer Fachhochschule nutzen können. An der TH Ilmenau hätte ich diese Möglichkeit nicht bekommen.
- Die Kenntnis und meine persönlichen Erfahrungen mit beiden Systemen (DDR und BRD) haben mir zu einem Vorteil in der Betrachtung mancher Situationen verholfen.
- Ich kann manche Dinge differenzierter betrachten, als Menschen, die nur in einer Welt leben, sei es auf dem Gebiet der alten BRD, als auch der alten DDR.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

Fazit - gesellschaftlich:

- In der DDR gab es keine Möglichkeiten Reichtum anzuhäufen, das fällt uns heute auf die Füße.
- Geringe Schere zwischen arm und reich - [Schauspieler Manfred Krug fuhr Mercedes](#) - und galt in der DDR als einer der Reichen.
- Damit gab es in der DDR auch weniger Neid zwischen den Menschen.
- **Heute in Deutschland (2023):** Insgesamt besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte zusammen etwa 60 Prozent des Gesamtvermögens, netto, also abzüglich Schulden. Die unteren 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa neun Prozent aller Haushalte haben negative Vermögen, sie sind verschuldet.
- Die heute allgegenwärtige Gier nach Besitz und Macht war in dieser Ausprägung, wie wir sie heute sehen, in der DDR nicht in diesem Maße vorhanden. Es wurde kein Geheimnis um den persönlichen Verdienst gemacht. Man konnte wissen, was der Andere verdient.
- Die im Westen belächelten Organisationen, wie FDGB, FDJ, DSF, GST usw. haben mit ihren Bemühungen für zwischenmenschliche Beziehungen und Zusammenhalt zwischen den Menschen gesorgt, z.B. Frauentagsfeiern zum 8. März, die es auch heute noch im Beitrittsgebiet gibt. Im Westen wurde dies größtenteils durch die Kirchen wahrgenommen, die in der DDR unterdrückt waren.
- [Aktuelle Lage der Unterschiede zwischen Ost und West](#)

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen
des Beitrittsgebietes

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Unterlage (PDF-Datei) bitte per Email an:

Horst.Heineck@googlemail.com

anfordern

oder auf:

<https://horst-heineck.de/weitere-aktivitaeten/#SI-Club-SDH>

downloaden.

„Wiedervereinigung“ aus der Sicht eines Betroffenen des Beitrittsgebietes

